

Protokoll:

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage. Sie erwähnt insbesondere Probleme wie mangelnde Konzentration, Ausdauer und zunehmenden Schulabsentismus der Schüler:innen.

AM Müller führt aus, dass sich der Schülerzuwachs beim BVJ in sieben Jahren verdoppelt hat. Dies sei ein Alarmsignal für die Gesellschaft, zumal das Problem alle Schulen als auch alle Gesellschaftsschichten betrifft. Es handele sich dabei nicht um ein kognitives sondern um ein psychisches Problem der Schüler:innen.

AM Dobbertin bestätigt, dass hier alle Schichten und Schularten betroffen sind und nicht kognitive, sondern gesellschaftliche Gründe vorliegen. Er bemängelt, dass es zur Zeit keinen Beschulungsort für diese sogenannten „Korridorkinder“ gibt und bislang eine Lösung für dieses Problem fehlt.

Die Vorsitzende erläutert, dass die Stadt Koblenz im Rahmen des Projektes „Bildung integriert“

nicht nur an Verbesserungen der Schulgebäude oder der Schulausstattungen arbeite, sondern sich auch für pädagogische Hilfsangebote einsetze.

RM Sauer stellt fest, dass die „keinen Bock auf Schule“-Einstellung der Schüler:innen nicht nur durch Corona verursacht wurde. Sie appelliert, das Phänomen auch auf Landesebene anzusprechen und fordert eine Evaluation des derzeitigen Schulsystems. Sie fragt, wie die Schulen die psychologische Betreuung der Kinder im Rahmen des Stundenplans stemmen bzw. ob diese nach der Schule oder mit den Eltern stattfindet.

Die Vorsitzende antwortet auf den Appell, dass bereits ein Austausch mit dem Bildungsministerium stattfindet. Konkretes dazu folgt ggf. im nächsten Schulträgerausschuss. Weiterhin verweist sie auf den schon lange bestehenden schulpsychologischen Dienst, der in Anspruch genommen werden könne.

AM Meier führt an, dass es bei den Gymnasien keine Sozialarbeit gäbe, dass diese aber möglicherweise innerhalb der nächste zwei Jahre eingeführt würde um Kinder aufzufangen. Die Sozialarbeiter:innen würden hier oft als Hilfspsychologinnen und Hilfspsychologen fungieren. Er befürchtet, dass der steigende Bedarf für die psychologische Betreuung der Kinder kaum durch die wenigen vorhandenen Psychologinnen und Psychologen/Psychiater:innen geleistet werden könne.

RM Pilger regt ebenfalls an, mit dem Land in Verbindung zu treten und bietet Unterstützung an. Er sieht auch die Frustration der Schüler:innen. Die Lehrer:innen seien engagiert, aber das Konzept stimme nicht und sollte reformiert werden. Statt einer rein kognitiven Beschulung sollten den Schülern:innen auch positive Erlebnisse vermittelt werden. Die Schüler:innen dürften der Berufswelt gerade heute nicht verloren gehen.

AM Schmidt betont die dramatische Situation bezüglich der mentalen Gesundheit der Schüler:innen. Die Gesamtheit der Schüler:innenvertretungen hat aus diesem Grund eine Kampagne ins Leben gerufen, die voraussichtlich im Sommer/Herbst 2023 landesweit starten wird und den Schüler:innen einen Ansatz zu Umgang mit der aktuellen Situation bzw. konkrete Hilfe im Schulalltag geben soll.

Die Vorsitzende bittet AM Schmidt um eine Vorstellung des Projektes.

RM Bourry spricht an, dass der derzeitige Schulabsentismus eine neue Form darstelle: Schüler:innen gehen einfach – teilweise über Wochen – nicht mehr zur Schule. Sie gibt dem Umgang mit den Schüler:innen während der Pandemie daran eine Mitschuld, denn dabei hätten Schüler:innen bereits wegen Schnupfen schon zu Hause bleiben müssen.

Es sei wichtig, die Zunahme des BVJ zu vermeiden. Dafür sollte früh angesetzt werden, die Motivation der Schüler:innen zu erhöhen. Der schulpsychologische Dienst sei nicht geeignet, Therapien durchzuführen, da dort nur eine Vollzeitkraft für mehrere Schulen zur Verfügung stehe. Besser sei auch, die Schulzeit nach der Pandemie wieder von 12,5 auf 13 Jahre zu verlängern um den Druck auf die Schüler:innen zu reduzieren.

AM Müller merkt an, dass es bereits viele Arbeitsansätze in Form von Runden Tischen und Netzwerken gibt. Auch die Sozialarbeit sei gut, wenn auch durch Auflagen beschränkt. Alles in allem sei dies noch keine Lösung, denn man bräuchte mehr Zeit – auch für kreative Wege. Hierzu nennt er als Beispiel die Möglichkeit für Schüler wegen Ängsten nur stundenweise nachmittags in die Schule zu kommen. Es gäbe zwar Kinder mit „Null-Bock-Einstellung“, viele leiden aber auch unter gesellschaftlichen Ängsten. Die Problematik sollte an das Land weitergegeben werden.

Die Vorsitzende stellt fest, dass ein Bedürfnis existiert, dass Thema von verschiedenen Seiten in einer Diskussionsrunde zu beleuchten. Da die Ausschusssitzung nicht der richtige Ort dafür sei, schlägt sie vor, einen Themennachmittag oder -abend im Rathaus zu veranstalten. Daran sollten sowohl Ausschussmitglieder als auch Vertreter des Ministeriums („Schule der Zukunft“) teilnehmen.

RM Bündgen fragt, ob es möglich sei, seitens der Stadt offensiver an die Schulen heranzutreten, d.h. diese nicht nur mit Infomaterial zu versorgen, sondern deren Aufmerksamkeit auf bestehende Möglichkeiten zu lenken.

Die Vorsitzende verweist dazu auf bestehende Schulleitungsrunden für alle Schularten als auch Anwesende als Kommunikatoren, durch die ebenfalls Dinge gezielt an die Schulleitungen herangetragen werden.

RM Sauer führt als Erfahrung aus Gesprächen mit BVJ'lern an, dass viele gerne eine Lehre machen würden, diese dann aber oft abbrächen, da sie auf keinen Fall wieder in die Schule gehen wollten. Sie wünscht sich deshalb einen anderen Weg mit den Schulen im Rahmen der Ausbildung und schlägt dieses Thema auch für die geplante Diskussionsrunde vor.

RM Wierschem ergänzt zur Schulsituation, dass bereits Probleme bei der Kindertagesstätten- und der vorschulischen Bildung bestehen. So lernt z.B. ein in Deutschland geborenes Kind kein Deutsch, da in Koblenz nicht ausreichend Kindertagesstättenplätze zur Verfügung stünden (derzeitiges Defizit von 500 Plätzen). Dies führe wiederum zu Problemen in den Grundschulen. Weiterhin merkt sie an, dass durch den ständigen Handygebrauch bereits kleiner Kinder, dies später zu gesundheitlichen Problemen (z.B. Halswirbelsäule) führen könnte. Hinzu käme eine mangelnde Förderung im Elternhaus, so dass auch hier eine zukünftige Welle von Problemen zu erwarten sei.

AM Müller spricht an, dass es im BVJ Schüler:innen gäbe, die weder lesen, schreiben noch rechnen könnten und denen die Motorik fehle, einen Stift zu halten. Darüber hinaus gäbe es neben potenziellen Abiturienten dort auch lernbeeinträchtigte Schüler:innen. Hier wäre Einzelbetreuung notwendig, die unmöglich von einer Kraft umgesetzt werden könne. Er plädiert dafür, mehr Geld in die Hand zu nehmen, da es keine wirksame Reform zum Nulltarif gäbe. Es gäbe zur Zeit für manche Schüler:innen keine Angebote, diese müssten nun ohne politische Interessen geschaffen werden, um den Kindern die Möglichkeit zu geben, sich ein eigenständiges Leben aufzubauen, was wiederum auch den Wohlstand unserer Gesellschaft sichere.

Die Vorsitzende verweist nochmals auf den Vorschlag, die Problematik in einer Diskussionsrunde weiter zu besprechen.

AM Müller merkt positiv an, dass es auch herausragende Schüler:innen gäbe, die ihren Weg gehen würden.

RM Sauer antwortet auf die Kritik von RM Wierschem über fehlende Kindertagesstättenplätze, dass dies vor allem am Personalmangel läge.